

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am  
**20.09.2011** Ratssaal im Rathaus I

16.WP/UmVerkA/037

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 19:05 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:00 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 19:50 Uhr

---

**Anwesend:    Vorsitzende**

Leykum, Maria

**Mitglied/Mitglieder**

Alker, Rudolf                            bis TOP 7  
Heldt, Gabriele  
Lüddecke, Dieter  
Morich, Hans-Dieter  
Plaß, Barthold  
Rickert, Heidrun  
Rohde, Paul

**Beratende/s Mitglied/er**

Bertram, Carsten  
Heller, Simone

**Mitglied des Rates**

Hunze, Carl                                als Vertreter für Herrn De-  
genhard  
Rheinhardt, Michael                  ab TOP 8 als Vertreter für  
Herrn Alker

**Gast/Gäste**

Kusber, Paula                            für den Seniorenrat

**Verwaltung**

Baxmann, Alfred  
Frommelt, Danielle  
Herbst, Rainer  
Stabno, Martin

**TAGESORDNUNG**

**Öffentlicher Teil**

1.     Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2.     Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 16.06.2011

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Stadtstraßenumbau - Ausbauprogramm 2. BA  
Vorlage: 2011 0952
6. Umbau "Obere Marktstraße", Erneuerung des Fahrbahnbelages;  
Bezugsvorlage-Nr.: 2009 0626  
Vorlage: 2011 0975
7. 2. Änderung der Friedhofssatzung  
Vorlage: 2011 0972
8. Anregung gemäß § 22 c NGO des Bürgervereins Sorgensen e. V.  
Vorlage: 2011 0951
9. Aufnahme an die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Burgdorf für die Straße  
"Am Flugplatz"  
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.08.2011 -  
Vorlage: 2011 0978
10. Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

#### Öffentlicher Teil

##### **1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

---

**Frau Leykum** begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Da im Ortsrat Ramlingen-Ehlershausen das Bauprogramm für den Trakehnerweg nicht abschließend beraten und vertagt worden ist, sollte der Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung abgesetzt werden. Der Tagesordnungspunkt 10 sollte nicht behandelt werden, da er sich als erledigt erwiesen hat. Mit diesen Änderungen wurde die Tagesordnung **einstimmig beschlossen**.

##### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 16.06.2011**

---

**Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 16.06.2011 wurde mit sechs Ja-Stimmen und drei Enthaltungen genehmigt.**

##### **3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

---

Keine Anfragen.

#### 4. Mitteilungen des Bürgermeisters

---

- a) **Herr Frerichs** teilte mit, dass in den Monaten März und April die Energieberatung in zahlreichen Haushalten stattgefunden hat. Zunächst waren ca. 80 Intensivberatungen vorgesehen. Ein Mehrbedarf von 40 Intensivberatungen konnte durch die Beteiligung der Stadtwerke ermöglicht werden. Insgesamt wurden 146 Intensivberatungen sowie 83 Kurzberatungen durchgeführt.
- b) **Herr Herbst** erläuterte, dass für die geplante Verbreiterung des Gehweges in der Sprengelstraße in Schillerslage Kosten von ca. 16.200 € entstehen würden. Dieser Betrag müsste im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen eingestellt werden, wenn die Maßnahme berücksichtigt werden soll.
- c) **Herr Frerichs** berichtete über zwei Kompensationsflächen. Eine dieser Flächen im Bereich Dachtmissen verfügt über eine Fläche von ca. 1,4 ha und soll durch den Forstverband Burgdorf mit einem Kostenvolumen von ca. 17.000 € hergestellt werden. Der dritte Bauabschnitt der zweiten Kompensationsfläche im Grünzug Walkenmühlenfeld in der Größe von insgesamt ca. 4,4 ha soll in diesem Herbst bepflanzt werden. Es entstehen Kosten von insgesamt ca. 30.000 €. Ggf. können diese Beträge über spätere Erschließungsbeiträge zum Teil berücksichtigt werden.
- d) **Herr Herbst** stellte dar, dass bei der Beschlussfassung über Teilmaßnahmen im Rahmen eines Bauprogramms bis zu einer Baukostensumme von 125.000 € die Zuständigkeit des Bürgermeisters gegeben ist. Falls über mehrere Teilmaßnahmen beschlossen werden muss, ist der Verwaltungsausschuss zuständig. Dies gilt ebenso für den Fall, dass die Summe von 125.000 € überschritten wird. Grunderwerbs- und Nebenkosten sind in diesem Zusammenhang nicht als eigenständige Teilmaßnahme anzusehen.
- e) **Herr Frerichs** berichtete über die rückläufige Entwicklung der Feinstaub- sowie der Stickstoffdioxidbelastung in der Poststraße. An der Messstelle hat es seit 2006 keine Überschreitung der Jahresmittelwerte für Feinstaub gegeben. Im Jahr 2011 sind bisher 19 Überschreitungstage bei 35 erlaubten Überschreitungen pro Jahr zu verzeichnen, an denen der Tagesmittelwert überschritten wurde. Die Belastung mit Stickstoffdioxid ist in Burgdorf seit 2009 stetig zurückgegangen. Dies ist auf das LKW-Durchfahrtsverbot, den Bau der B188n und die verkehrstechnischen Maßnahmen im Bereich der Stadtstraßen zurückzuführen. Die grafische Übersicht des gleitenden Jahresmittelwerts wird dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.
- f) **Herr Herbst** stellte die finanzielle Höhe der Vandalismusschäden am Pavillon im Stadtpark mit 6.700 € dar. Als kostengünstigste Variante der Schadensbehebung schlug Herr Herbst die Anpflanzung von Kletterrosen dar, ohne den Pavillon wiederherzustellen. Dafür seien ca. 500,00 € aufzuwenden. Für einen Abriss müssten ca. 1.900 € aufgewendet werden. Die kostengünstigste Variante fand Zustimmung der Ausschussmitglieder.
- g) **Herr Frerichs** teilte mit, dass nach Angaben der zuständigen Straßenmeisterei Burgwedel im Winter zahlreiche Baumfällungen wegen mangelnder Verkehrssicherheit vorgenommen werden müssten.
- h) **Herr Herbst** stellte dar, dass im Rahmen der Verkehrszählung im Bereich Schützenplatz in der KFZ-Spitzenstunde 977 Kfz. ermittelt worden sind und die L311 von 121 Fußgängern gequert wurde. Die

Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLSTBV) hat mitgeteilt, dass in dem Bereich des Schützenplatzes aufgrund dieser Auswertung eine Lichtsignalanlage gem. den Richtlinien empfohlen wird.

**Frau Leykum** wies in diesem Zusammenhang auf den Handlungsbedarf in diesem Bereich hin. **Herr Bertram** erläuterte, dass bei einer Verkehrsbelastung von über 600 Kfz. eine Lichtsignalanlage notwendig und die Einrichtung eines Fußgängerüberwegs nicht zu befürworten ist.

- i) **Herr Stabno** erklärte, dass von den geplanten drei neuen Grabanlagen auf dem Stadtfriedhof sowie den Ortsteilfriedhof Otze die Schmuckbeete fertiggestellt sind und der Ruhehain ca. in der 42. KW errichtet sein könnte. Es ist eine Einweihung der neuen Grabanlagen auf dem Stadtfriedhof ca. in der 43. KW geplant, was noch vom Baufortschritt abhängig ist. Entsprechende Einladungen werden versendet.
- j) Bezug nehmend auf eine Einwohneranfrage in der Sitzung des Ausschusses am 03.05.2011 legte **Herr Herbst** dar, dass die Einrichtung eines sog. „Grünen Pfeils“ an der Lichtsignalanlage „B188n / Nordrampe“ der K 121 nicht möglich ist, da der Radverkehr auf dem zu kreuzenden Radweg an der Nordrampe für beide Richtungen zugelassen ist. Weiter ist aus Gründen der Einheitlichkeit der Verkehrsführung an beiden Knotenpunkten die Installation des Grünen Pfeils an der Südrampe nicht zu empfehlen.
- k) Bzgl. der Fortschreibung des Radwegebedarfsplans erläuterte **Herr Herbst**, dass die Region Hannover Herrn Bürgermeister Backeberg mitgeteilt hat, auf ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren wie bereits während der Erstaufstellung im Jahr 2002 zu verzichten. Die Region Hannover sollte hier nochmals kontaktiert werden.
- l) Die Protokolle der Geschwindigkeitsmessungen werden der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.
- m) **Herr Herbst** stellte den Inhalt des Schreibens von Herrn Schliffka vom 22.06.2011 dar, in dem gefordert wurde, den überregionalen Fahrzeugverkehr von der Immenser Landstraße über den Ostlandring und die Osttangente auf die Umgehungsstraße zu leiten. **Herr Herbst** legte dar, dass dies bereits diskutiert worden ist und der Ostlandring als Gemeindestraße nicht den überörtlichen Verkehr aufnehmen sollte, da ansonsten Beschädigungen der Fahrbahn auftreten würden.

## 5. **Stadtstraßenumbau - Ausbauprogramm 2. BA** **Vorlage: 2011 0952**

---

**Herr Herbst** erläuterte anhand einer Präsentation die wesentlichen Grundzüge des Ausbauprogramms. Bezug nehmend auf die am 14.09.2011 durchgeführte Anliegerversammlung führte **Herr Herbst** aus, dass dort der Wunsch nach der Einrichtung einer Fußgängerzone geäußert wurde. Weiter habe die Stadtparkasse angeregt, die Bushaltestelle in der Marktstraße leicht zu verlegen und das Pflanzbeet im Zuge der weiteren Arbeiten zu erhalten. Weiter wies **Herr Herbst** darauf hin, dass entgegen den in der Anliegerversammlung geäußerten Wünschen nach weiteren Parkplätzen in der Marktstraße nach der vorliegenden Beschlusslage nur drei Behindertenparkplätze einzurichten sind. Bzgl. der in der Anliegerversammlung gewünschten veränderten Straßenführung im Bereich der Ecke „Marktstraße“ / „Poststraße“ wurde eine veränderte Verkehrsführung als Anlage 3 A vorgelegt. (An-

merkung über das Protokoll: Die Niederschrift der Anliegerversammlung „Stadtstraßenumbau – 2. Bauabschnitt“ am 14.09.2011 im Haus der Jugend / Johnny B.“ ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt).

**Herr Morich** lobte das vorgestellte Ausbauprogramm, das noch in der jetzigen Ratsperiode insgesamt abgeschlossen werden sollte.

**Herr Hunze** äußerte sich enttäuscht über das Ausbauprogramm und kritisierte, dass durch die geplanten Baumtore die Fachwerkkinnenstadt nicht mehr zur Geltung kommt. Trotz der angedachten Anrampungen würden Fahrzeugführer die Geschwindigkeit der PKW nicht reduzieren. Die Planung entspreche in Teilen nicht mehr den im ISEK niedergelegten Zielen. Die Anrampungen in der Braunschweiger Straße stellen ebenfalls keine sinnvolle Maßnahme dar. Trotz der in Aussicht stehenden Fördermittel ist der Ausbau der Au Landschaft aufgrund der damit verbundenen Kosten zu teuer und abzulehnen. Auch eine Einbahnstraßenregelung von der Poststraße bis zum Schwarzen Herzog ist nach Auffassung von **Herrn Hunze** möglich. Die Kunden der Volksbank könnten diese dann auf anderem Weg erreichen. Die Parkplätze im Innenstadtbereich sollten für ca. 30 Minuten zum Halten zur Verfügung stehen. Von der Oberen Marktstraße bis Fehling sei später die Einrichtung einer Fußgängerzone denkbar.

**Herr Lüddecke** legte dar, dass in der Unteren Marktstraße keine weiteren Parkplätze eingerichtet werden sollten, sondern nur die drei angesprochenen Behindertenparkplätze. Die Braunschweiger Straße sollte beidseitig befahrbar sein. Zusätzliche Anrampungen in diesem Bereich sind nicht notwendig. Die vorgelegten Änderungen der Straßenführung im Bereich „Sannemans Eck“ sind noch nicht ausreichend. Ablehnend äußerte sich **Herr Lüddecke** hinsichtlich der Bebauung des Auebereichs. Diese sind seiner Meinung nach während der Haushaltsberatungen bereits gestrichen worden. Die Obere sowie die Untere Marktstraße könnten Fußgängerzonen werden; jedenfalls sollten mit einer temporären Einrichtung als Fußgängerzone entsprechende Erfahrungen gesammelt werden. Anrampungen auf der Unteren Marktstraße sind nicht notwendig. Die Baumtore passen nicht zum Fachwerkcharakter der Innenstadt.

**Herr Herbst** erwiderte, dass im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen ein Missverständnis vorliegt, da nur die Planungen bzgl. des Gümme Kanals gestrichen worden sind und nicht die Verschönerungsmaßnahmen an der Aue.

**Frau Rickert** sprach der Einrichtung von Baumtoren ihre Zustimmung aus, da diese den Platzcharakter betonen. Durch eine Verbreiterung des Fußgängerüberwegs vor dem Rathaus I könnte der Platzcharakter verstärkt werden. Die Gestaltung des Auebereichs ist wichtig für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Die weitere Aufpflasterung der Braunschweiger Straße entspricht dem Wunsch der dortigen Anlieger. Die vorgesehene Verbreiterung im Bereich von Bosselmann ist noch zu gering.

**Frau Heldt** erachtete die Einrichtung einer Fußgängerzone in der Oberen Marktstraße als sinnvoll. Die Untere Marktstraße und die Braunschweiger Straße sollten als Einbahnstraße eingerichtet werden. Die Anrampungen könnten zu Lärmbelästigungen durch Abbremsen und Beschleunigen der Kfz. führen. **Herr Herbst** legte dar, dass bei der Einhaltung der Tempobeschränkung von 20 km/h das Abbremsen an den Anrampungen nicht notwendig ist.

**Frau Heldt** führte weiter aus, dass die Gestaltung einer einheitlichen Fläche

vor dem Rathaus I zu einer verbesserten Aufenthaltsqualität führt. Weitere Parkplätze sollten nicht eingerichtet werden. Die vorhandenen Parkplätze auf dem Schützenplatz und der Hochbrücke sind ausreichend. Kritisch äußerte sich Frau Heldt zur Verschönerung des Auebereichs. Hierauf sollte verzichtet werden.

**Herr Baxmann** plädierte dafür, die im Ausbauprogramm enthaltene Planung der baulichen Veränderung von der späteren Änderung der Verkehrsführung zu trennen. Die vorgesehene Planung ist kompatibel zu den im ISEK gefassten Beschlüssen. Der Verzicht auf die Veränderungen an der Aue würde dem ISEK vielmehr widersprechen. Eine Einsparung an dieser Stelle ist nicht sinnvoll. Es handelt sich um eine einmalige Ausgabe. Ein länger andauerndes Parken in der Innenstadt soll künftig vermieden werden.

**Herr Lüdecke** sprach sich für eine veränderte Straßenführung im Bereich „Sannemanns Eck“ aus. **Herr Herbst** erwiderte, dass eine stark verschwenkte Straßenführung weit höhere Baukosten verursachen würde.

**Herr Hunze** sprach sich für eine einheitliche Gestaltung des Bereichs vor dem Rathaus I aus, um einen platzartigen Charakter zu erhalten. Die entgegen der Empfehlungen aus dem ISEK vorgesehenen Streifen aus rötlichem Klinkerpflaster sollten entfallen.

**Herr Rohde** betonte den im ISEK enthaltenen Platzcharakter vor dem Rathaus I. Die Baumtore sollten entfallen wie auch die Bebauung an der Aue. Vorgesehene Anrampungen könnten Radfahrer beeinträchtigen. **Herr Rohde** kritisierte den Abbau der Strahler vor dem Rathaus I und sprach sich dafür aus, diese auf einem neuen Mast wieder anzubringen und die Bäume ggf. zurückzuschneiden.

**Herr Herbst** verdeutlichte, dass er aus den bisherigen Stellungnahmen eine einheitliche Gestaltung des Bereichs vor dem Rathaus I bis an den Rand des Bords entnommen hat sowie die Streichung der rötlichen Pflasterung.

**Herr Baxmann** erläuterte, dass der Verzicht auf die rötliche Pflasterung möglich ist. Die von den Anliegern gewünschten Anrampungen in der Braunschweiger Straße könnten entfallen. Bzgl. der Anstrahlung des Rathauses I führte **Herr Baxmann** aus, dass durch den Vorstand des Stadtmarketings eine namenhafte Kostenbeteiligung in Aussicht gestellt worden ist.

Im Anschluss an die Diskussion führten die Ausschussmitglieder Teilabstimmungen über Teile des Ausbauprogramms durch:

- a) Mit fünf Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen sprach sich der Ausschuss für eine Anrampung von 6 cm in der Marktstraße vor dem Rathaus I aus.
- b) Mit vier Ja- und fünf Nein-Stimmen lehnte der Ausschuss eine Anrampung im Bereich „Sannemanns Eck“ ab.
- c) Mit neun Nein-Stimmen lehnte der Ausschuss eine Anrampung im Bereich „C&A“ ab.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich dafür aus, dass die Verwaltung bis zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 27.09.2011 eine nochmals veränderte Planung der Straßenführung im Bereich der Kreuzung Marktstraße/Poststraße („Sannemanns Eck“) vorlegt. Auf Grundlage dieser Planung soll im weiteren Beratungsverlauf entschieden werden, ob die dort grundsätzlich in der Planung vorgesehene Möglichkeit der Gegenläufigkeit des

Verkehrs zugunsten einer schmaleren Straße, die die Gegenläufigkeit nicht gestattet, verzichtet werden kann. Eine Einbahnstraße wäre in diesem Bereich (Schloßstraße bis Einmündung Marktstraße) mit einer Breite von 3,5 m möglich. **Herr Herbst** sagte zu, eine entsprechende Planung mit einer Kostenschätzung vorzulegen. (Anmerkung: Die Anlagen 2 a), 3b) [Mehrkosten ca. 4.000,00 €] und 4a) sind dem Protokoll beigefügt).

Mit fünf Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen sprach sich der Ausschuss für die Aufnahme der Baumtore in die Planung aus.

Mit vier Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen lehnte der Ausschuss die weiteren Planungen für eine bauliche Verschönerung des Auebereichs ab.

Nach weiterer Diskussion einigten sich die Ausschussmitglieder darauf, Fußgängerüberwege auf der Marktstraße vor dem Rathaus I sowie im Bereich zwischen „Bosselmann“ und der „Commerzbank“ einzurichten als auch auf der Poststraße zwischen „C&A“ sowie der „Volksbank“. Kein Fußgängerüberweg sollte auf der Poststraße zwischen „Sannemann“ und „Bosselmann“ eingerichtet werden. Schließlich regten die Ausschussmitglieder an, den Beschluss über das Ausbauprogramm nicht durch den Verwaltungsausschuss am 27.09.2011, sondern durch den Rat am 29.09.2011 fassen zu lassen.

**Beschluss:**

**Unter Berücksichtigung der Teilabstimmungen zu dem Ausbauprogramm empfahl der Ausschuss für Umwelt und Verkehr mit fünf Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen dem Verwaltungsausschuss, den Ausbau der öffentlichen Verkehrsflächen des Stadtstraßenumbaus 2. BA wie in der Vorlage Nr. 2011 0952 dargestellt zu beschließen.**

6. **Umbau "Obere Marktstraße", Erneuerung des Fahrbahnbelages;  
Bezugsvorlage-Nr.: 2009 0626  
Vorlage: 2011 0975**
- 

**Beschluss:**

**Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfahl dem Verwaltungsausschuss einstimmig, die Erneuerung des Fahrbahnbelags in der „Oberen Marktstraße“ in Asphaltbauweise zu beschließen.**

7. **2. Änderung der Friedhofssatzung  
Vorlage: 2011 0972**
- 

**Herr Stabno** erläuterte den Inhalt und die Hintergründe der 2. Änderung der Friedhofssatzung und ging dabei auf die maßgeblichen Änderungen der Vorschriften nebst Begründung ein.

**Beschluss:**

**Mit acht Ja-Stimmen und einer Enthaltung empfahl der Ausschuss für Umwelt und Verkehr dem Rat, die Satzung zur 2. Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Burgdorf zu beschließen.**

8. **Anregung gemäß § 22 c NGO des Bürgervereins Sorgensen e. V.**  
**Vorlage: 2011 0951**

---

**Herr Herbst** erläuterte, dass für die Installation der gewünschten Lichtsignalanlage (LSA) in Sorgensen die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLSTBV) zuständig ist. Bei einer Verkehrszählung wurde die für die Einrichtung einer LSA notwendige Anzahl von passierenden Fahrzeugen nicht erreicht. Die Kosten für die Installation einer LSA in Höhe von insgesamt ca. 50.000 € könnten nicht in voller Höhe von der Stadt Burgdorf übernommen werden. Notwendig ist daher eine Eigenbeteiligung der Sorgenser Einwohner, die nicht vorliegt. Eine günstigere Installation ist nicht möglich. Die in Dachtmissen errichtete LSA wurde durch das Land Niedersachsen finanziert. Die Fälle sind nicht vergleichbar, da in Dachtmissen andere bauliche und verkehrliche Voraussetzungen vorliegen. Mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wurde den anwesenden Einwohnern und Einwohnerinnen Sorgensens die Möglichkeit gegeben, sich im Rahmen einer Anhörung zu dem Antrag vom 23.05.2011 zu äußern.

**Eine Sorgenser Einwohnerin** erkundigte sich nach den Uhrzeiten der Verkehrszählung. **Herr Herbst** erwiderte, dass diese Zählung über den ganzen Tag (von 06.00 Uhr bis 19.00 Uhr) durchgeführt worden ist. Weiter führte die **Einwohnerin** aus, dass es erheblicher Zeit bedarf, um aus den Nebenstraßen mit dem Kfz. auf die Hauptstraße zu gelangen, insbesondere zu Zeiten des Berufsverkehrs (morgens und abends). Die passierenden Fahrzeuge fahren insgesamt zu schnell. Es ist problematisch, die Hauptstraße zu überqueren.

**Eine weitere Einwohnerin** kritisierte, dass Sorgensen im Vergleich zu Dachtmissen schlechter behandelt würde. Auf der Hauptstraße wird zu schnell gefahren. Eine finanzielle Beteiligung der Sorgenser Einwohner an der LSA ist nicht nachvollziehbar.

**Ein Einwohner** aus Sorgensen kritisierte, dass die Ergebnisse der Verkehrszählung nicht veröffentlicht worden seien. Eine eigene Zählung habe über 600 Fahrzeuge in Spitzenzeiten ergeben. Viele Fußgänger müssen die Hauptstraße queren, um zu der Bushaltestelle bzw. zum Sportverein zu gelangen. Es sind bereits zwei Unfälle geschehen. Verkehrsberuhigende Maßnahmen sind notwendig, z.B. eine Tempo-30-Beschränkung oder die Verengung der Fahrbahn.

**Herr Herbst** erwiderte, dass die Ergebnisse der Verkehrszählung in öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr präsentiert worden sind. Es hat mehrere Zählungen in den Jahren 2007, 2009 und 2010 gegeben, die keine ausreichenden Verkehrsbewegungen für die Einrichtung einer LSA ergeben haben. Die NLSTBV wurde mehrfach aufgefordert, Abhilfe zu schaffen. Mangels finanzieller Mittel des Landes Niedersachsen ist dies nicht möglich.

**Herr Baxmann** machte deutlich, dass Sorgensen in den vergangenen Jahren durchaus finanziell gefördert wurde, z.B. mit einem Zuschuss an den SV Sorgensen in Höhe von 100.000 €, der Einrichtung eines Kindergartens und diverser baulicher Maßnahmen. Eine Schlechterstellung Sorgensens ist nicht vorhanden.

**Herr Hunze** unterbreitete den Vorschlag, dass die Verwaltung weiterhin auf



die NLSTBV zugeht und das Gespräch bzgl. der Einrichtung einer LSA sucht.

**Frau Leykum** beendete die Beteiligung der anwesenden Sorgenser Einwohner.

9. **Aufnahme an die öffentliche Wasserversorgung der Stadt Burgdorf für die Straße "Am Flugplatz"**  
- Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 16.08.2011 -  
Vorlage: 2011 0978

---

10. **Anregungen an die Verwaltung**

---

- a) **Herr Rohde** nahm Bezug auf das mit der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2011 übersandte Merkblatt zur Durchführung von Veranstaltungen und hinterfragte, ob eine Kostenbeteiligung der Besucher bei der Nutzung der Toilettenanlage auf dem REWE-Parkplatz seitens des Veranstalters erbeten wird. **Herr Baxmann** bejahte dies.
- b) **Herr Rohde** hinterfragte die Plakatierung durch den Zirkus und ob dies durch die Verwaltung genehmigt worden ist. Herr Baxmann konnte hierzu in der Sitzung keine Angaben machen.
- c) **Frau Heller** wies darauf hin, dass auf dem Abenteuerspielplatz im Stadtpark keine Mülleimer vorhanden sind und regte an, diese dort aufzustellen.
- d) Weiter sprach **Frau Heller** den Zustand des Gehweges in Sorgensen an sowie der Straßenschilder und regte an, die Markierung des Fußgängerüberwegs wenn möglich erneuern zu lassen. **Herr Herbst** erwiderte, dass entsprechende Gespräche mit der NLSTBV geführt werden.
- e) **Herr Morich** hinterfragte, ob nach dem Stadtstraßenumbau die vormals auf dem Spittaplatz befindlichen Sitzbänke erneuert bzw. neue Sitzbänke aufgestellt werden. **Herr Herbst** bejahte letzteres.

### **Einwohnerfragestunde**

Die Fragen und Antworten der Einwohnerfragestunde sind dem Protokoll als **Anlage 4** beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer